

Betreff: Kulturjahr 2020: Schwerpunkt Gedenk-
und Erinnerungskultur

A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Graz, 19. 10. 2017

Dringlicher Antrag

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. 10. 2017**

Der Gebrauch des Wortes „Kultur“ wird oftmals im politischen Bereich unterschiedlicher verwendet als in der Wissenschaft. Was „die Politik“ derzeit als Kultur erkennt, stellt gesamtgesellschaftlich betrachtet nur einen kleinen Teil dessen dar, was man wissenschaftlich als die Gesamtheit aller geistigen, künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen einer Gesellschaft bezeichnet. So stellt man sich politisch also die Frage, was die Stadt Graz als Kultur anerkennen möchte und welche Auswirkungen das auf unserer Zusammenleben in unserer Stadt haben soll.

Kulturstadtrat Dr. Günther Riegler hat in einer vergangenen Gemeinderatssitzung gemeint, es wäre ihm ein Anliegen aus seinem Ressort Kulturbereiche und –schaffende zu fördern, die nicht nur Fragen in unserer Gesellschaft aufwerfen, sondern auch versuchen, diese zu beantworten. Das angedachte Kulturjahr 2020 wäre eine sehr gute Gelegenheit, genau hier anzusetzen und die Erinnerungs- und Gedenkkultur in den Mittelpunkt zu stellen, um so offene Fragen aus der Vergangenheit unserer Stadt zu beantworten.

Dass Graz den unrühmlichen Titel „Stadt der Volkserhebung“ trug, ist vielen bekannt. Was dieser Titel jedoch bedeutete und heute noch bedeutet, ist sehr vielen nicht bewusst. Graz war nicht ohne Grund die einzige Stadt in der gesamten damaligen „Ostmark“, die mit einer solchen „Auszeichnung“ besehen wurden. Bereits Monate und Jahre vor den Pogromen drängte die NSDAP in der Steiermark und vor allem in Graz auf einen Machtwechsel, auch teilweise mit der Duldung oder gar Unterstützung der damaligen Politik. Nach dem „Anschluss“ begann der NS-Terror in unserer Stadt. Gesteuert wie autonom, wurden die 1934 hier lebenden 1.720 JüdInnen der Israelischen Kultusgemeinde – aber auch andere

Opfergruppen– verfolgt, enteignet, vertrieben, zur Auswanderung oder Zwangsarbeit gezwungen. Graz galt ab März 1940 als „judenfrei“.

Das Kunst- und Gedenkprojekt der Stolpersteine, getragen vom Grazer Verein für Gedenkkultur und dem deutschen Künstler Gunter Demnig, zeigt wie viele Schicksale verursacht durch den NS-Terror seit jeher nicht aufgearbeitet wurden und wie viel Gedenk- und Aufarbeitungsarbeit hier noch zu leisten ist. Erschreckend ist aus meiner Sicht jedoch auch, dass sich Gruppierungen in Graz mit dem damaligen Titel rühmen und dass viele Nazi-Diktionen wieder Einzug in den politischen wie gesellschaftlichen Sprachgebrauch finden. Ich sehe es daher als unsere Aufgabe als Stadt Graz die Bemühungen der vergangenen Jahre fortzuführen und im Zuge eines Kulturjahres zu forcieren, sich der Stadtgeschichte der vergangenen 100 Jahre in besonderer Form zu widmen. Es ist unsere Verantwortung als Gesellschaft, offen und kritisch mit unserer eigenen Vergangenheit umzugehen, Bildungs- und Erinnerungsarbeit zu leisten und Geschehnisse in unserer Stadt sichtbar zu machen. Das sind wir unserer Eltern- und Großelterngeneration schuldig, das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig und diese bewusste Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ist auch für uns selbst wichtig – und die Geschichte ist ja darüber hinaus ein entscheidender Teil der ‚Stadtkultur‘, hat die Entwicklung unserer Stadt maßgeblich geprägt.

Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht zu prüfen, inwieweit im geplanten Kulturjahr 2020 der Erinnerungs- und Gedenkkultur ein besonderer Schwerpunkt eingeräumt werden kann, und zwar in Bezug auf die Stadtgeschichte der vergangenen hundert Jahre, speziell was die Zeit der beiden Weltkriege sowie die Zwischenkriegszeit anbelangt und dabei insbesondere auch in Hinblick auf die Aufarbeitung und Sichtbarmachung der Verbrechen des Nationalsozialismus in Graz. Dem Gemeinderat ist spätestens im Jänner 2018 ein entsprechender Bericht vorzulegen.